

Gastkommentar

# Wenn Übereifer zur Gefahr wird

Sie ist allgegenwärtig, die Inflation. Konflikte wie jener zwischen den USA und dem Iran sind aber nicht der ausschlaggebende Grund dafür, auch wenn dies in der Bevölkerung so wahrgenommen wird. Vielmehr stecken langjährige Entwicklungen hinter der nun sichtbaren Teuerung von Investitionsgütern, Waren und Dienstleistungen. Dies sind aufgeblähte Staatsapparate und steigende Staatsausgaben. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die von Zentralbanken gekauften Staatspapiere zu nennen. Das billige Geld, das die europäische Zentralbank EZB und die amerikanische FED in Umlauf brachten, erlaubte aufgeblähte, kostspielige Staatsausgaben und führte zu Fehlallokationen von Kapital und menschlicher Leistung.

In der Theorie der klassischen Volkswirtschaftslehre entsteht Inflation dann, wenn die Nachfrage nach Gütern und Waren deren Angebot übersteigt. In der heutigen Realität entsteht Inflation jedoch vor allem deshalb, weil der Staat durch zu hohe Ausgaben eine übersteigerte Geldpolitik provoziert. Aus populistischen Gründen versucht er ebenfalls, Schwankungen in der Konjunktur auszugleichen, was in der Folge weitere Ausgaben verursacht, die Selbstheilung der Wirtschaft verhindert und ineffiziente Strukturen künstlich am Leben erhält.

## Regulierung als Erfolgssillusion

Ähnlich verhält es sich bei der Gesetzgebung. Um zu zeigen, dass etwas getan wird, werden immer mehr Gesetze erschaffen, ein klassischer Ausdruck administrativen Übereifers. Über Regulierungen wird versucht, eine Illusion von Sicherheit zu erzeugen. In Wirklichkeit jedoch wird Stagnation erreicht. Diese Stagnation zeigte sich in Deutschland in der Ära Merkel

«Eine langfristige und generationenübergreifende Vermögensplanung setzt eine solide rechtliche Grundlage voraus.»

Prinz Michael von und zu Liechtenstein,  
Executive Chairman des  
Industrie- und Finanzkontor Etablissements

und auch danach. Aber je mehr an Gesetzen herumgeschraubt wird, desto schwerer sind sie nachzuvollziehen. Dies führt zu mehr Staat, höheren Kosten, einer Verschwendung von Steuergeldern, entzieht der Wirtschaft Kapital und Personal und schafft unproduktive Zusatzarbeit in der Wirtschaft.

Die Rechtssicherheit wird geschwächt, weil Rechtsklarheit und Rechtskontinuität sich verschlechtern, zu viele Gesetze wirken kontraproduktiv. Die Gewährleistung von Rechtssicherheit ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für einen Rechtsstaat. Für einen Finanzplatz ist es bedeutsam, dass sein Standort mit Rechtssicherheit assoziiert wird. Liechtenstein versteht sich seit jeher als Rechtsstaat und wird als solcher wahrgenommen. Die liechtensteinische Gesetzgebung zeichnet sich durch eine hohe Rechtskontinuität aus, Änderungen werden sorgsam und mit Weitblick vollzogen. Auch versucht der liechtensteinische Gesetz-

geber, Anforderungen, die von aussen an die Gesetzgebung herangetragen werden, stets mit einem gesunden Bewusstsein für die eigene Rechtstradition zu handhaben. Für die liechtensteinische Wirtschaft ist dies wesentlich und insbesondere auch für das liechtensteinische Stiftungs- und Trustwesen, das heuer auf sein hundertjähriges Bestehen blicken kann.

## Augenmass als Erfolgsgarant

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des heimischen Gesellschaftsrechts war, dass stets nur wenige Anpassungen vorgenommen wurden. Stiftungen und Trusts sind Rechtsinstrumente für eine langfristige und generationenübergreifende Vermögensplanung, die eine solide rechtliche Grundlage voraussetzt. Familien und Unternehmer, die ihre Vermögenswerte über Stiftungen und Trusts ordnen, müssen darauf vertrauen können, dass die gegenwärtige Gesetzgebung in ihrer grundlegenden Struktur auch in Zukunft bewahrt bleibt. Diesen Grundsatz gilt es weiter aufrechtzuerhalten. Denn wenn man heute ein Haus baut, und danach ändern sich die Vorschriften derart, dass sie immer wieder Umbauten erforderlich machen, lässt sich dann ein langfristig stabiles Zuhause errichten?



Prinz Michael von und zu Liechtenstein,  
Executive Chairman des  
Industrie- und Finanzkontor Etablissements

«Kurz gefasst»

## Energieabhängigkeit gefährdet Preisstabilität

Die Eskalation im Nahen Osten verdeutlicht eine alte Schwachstelle der europäischen Volkswirtschaften: die tiefgreifende Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist dies längst nicht mehr nur ein ökologisches Problem, sondern eine direkte Bedrohung für das Kernmandat der Geldpolitik – die Preisstabilität.

Im Oktober 2022 erreichte die Inflation im Euroraum mit 10,6 Prozent einen Rekordwert, und selbst in der vergleichsweise stabilen Schweiz kletterte die Teuerung im Juli 2022 auf 3,5 Prozent. Getrieben wurde der damalige Anstieg primär durch explodierende Energiekosten nach der russischen Invasion in die Ukraine. Experten prägten hierfür den Begriff der «Fossilflation». Die aktuellen Konflikte im Nahen Osten zeigen nun erneut, wie schnell externe Schocks die Teuerungsrate nach oben treiben können.

Wenn Preisausschläge nur kurzfristig sind, können Notenbanken diese aussitzen. Sie müssen allerdings mit höheren Zinsen reagieren, sobald diese Schocks auf weitere Bereiche wie die Betriebskosten oder die Bau- und Transportwirtschaft überschwappen und sich verfestigen. In diesem Fall droht die Gefahr, dass die Inflation dauerhaft über dem Zielwert von 2 Prozent verharret, sich die Inflationserwartungen auf höherem Niveau einpendeln und eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt wird. Gleichzeitig sind Zinsschritte bei steigenden Energiepreisen besonders schmerzhaft für die Wirtschaft. Erhöht die Notenbank in einer solchen Situation die Zinsen, um die Inflation zu dämpfen, riskiert sie, eine bereits durch höhere Energiekosten schwächelnde Konjunktur abzuwürgen.

Dieses Dilemma der Geldpolitik lässt sich letztlich nur durch die Energiewende auflösen, zumal eine nachhaltige Entspannung der geopolitischen Lage zur Absicherung der Energieversorgung nicht absehbar ist. Investitionen in saubere Energie sind somit nicht nur Klimaschutz, sondern eine Versicherung für die makroökonomische Stabilität. Die Dekarbonisierung wird damit zur zentralen Säule für Europas zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Damit dieser Wandel gelingt, sind verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend. Dabei braucht es zur Förderung des massiven Investitionsbedarfs Planungssicherheit, gezielte Anreize und einen funktionierenden Emissionshandel.

Es geht nicht mehr allein darum, ob wir uns die Energiewende leisten wollen. Die entscheidende Frage lautet: Können wir es uns leisten, sie nicht zu schaffen? Das Wiederentflammen der energiegetriebenen Inflation zeigt unmissverständlich: Ein Verharren im fossilen Zeitalter ist ein ökonomisches Risiko, das Europa sich nicht länger erlauben kann.



Martin Geiger  
Ökonom am  
Liechtenstein-Institut

## Bild der Woche



Wenn es eine Steigerung von «Catwalk» gibt, dann wohl den «World Hat Walk», den weltweiten Spaziergang für alle und alles rund um den Hut. Erfunden haben ihn – wie könnte es anders sein? – die Engländer: 2014 fand erstmals die Londoner Hut-Woche statt. Inzwischen hat sich der spleenige Anlass zu einer internationalen Veranstaltung entwickelt, an der am letzten Sonntag 60 Städte auf der ganzen Welt teilnahmen. In der Schweiz fand der Hat Walk in Luzern statt. Unser Bild stammt aus Bukarest.

Bild: Vadim Ghirda/AP